

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Morosplan, Nr. 15190-15197.

Mittwoch, den 8. September 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Morosplan, Nr. 11753-54.

Beschaffungsbeihilfe für Arbeitslose.

Wie in der heutigen Sitzung des volkswirtschaftlichen Ausschusses der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns mitteilte, hat das Reich für eine einmalige Beschaffungsbeihilfe an Arbeitslose 50 Millionen Mark ausgeworfen. Unter Einziehung der auf Länder und Städte entfallenden Beträge soll jeder Erwerbslose, dessen Arbeitslosigkeit länger als acht Wochen währt, etwa 400 bis 450 Mark einmalige Beihilfe erhalten.

Die Forderung nach einer einmaligen Beschaffungsbeihilfe wurde von dem sozialdemokratischen Redner anlässlich unserer Interpellation über diese Frage im Anfang August erhoben. Genosse Kärten hat damals auf die Wünsche hingewiesen, welche eine Konferenz von Arbeitslosen, die aus 26 Großstädten besetzt war, im Reichsarbeitsministerium erhoben hatte.

Die jetzige Absicht der Regierung bedeutet also eine teilweise Erfüllung der von den Sozialdemokraten bei ihrer Interpellation erhobenen Forderung. Der weitere Kommissionsbericht folgt in der Morgennummer.

Neuer Polenaufstand am 15. September?

Der Sonderberichterstatter des B.S.-Korrespondenz in Rattow meldet: Die Gerüchte von einem neuen Polenaufstand erhalten sich hartnäckig. Nach zuverlässigen Meldungen hätten die Polen für den neuen Aufstand den 15. September ausgewählt, den Tag der Lohnzahlung. Wie wir schon vor einiger Zeit berichteten, dürfte es an diesem Tage zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wegen der Bezahlung der Streiklöhne zu Streitigkeiten kommen, und diesen Umständen dürften die Polen dann für sich andäugen.

Militärgerichtsurteil in Rybnik.

Reuthe, 8. September. (WZ.) Das außerordentliche interalliierte Gericht verhandelte gestern in Rybnik gegen acht Personen wegen Teilnahme an den Tumulten der letzten Woche. Die Anklage lautete auf Raub, Hausfriedensbruch und Landesverrat. Das Gericht bestand aus je einem französischen und italienischen Offizier mit einem italienischen Rechtsanwalt als Vorsitzenden. Die Verteidigung lag in den Händen eines polnischen Rechtsanwalts. Zur Verhandlung stand ein räuberischer Überfall gelegentlich einer Hausdurchsuchung bei einem Bergwerksbesitzer und die Verlegung der Hausdämme desselben durch einen Schulterschuh. Das Gericht verurteilte wegen Hausfriedensbruch einen Angeklagten zu acht Monaten und einen zweiten zu vier Monaten Gefängnis bei sofortiger Verhaftung. Die weiteren Punkte der Anklage (Landfriedensbruch, Raub usw.) wurden fallengelassen.

Zeitungsverbote in Oberschlesien.

Rattow, 8. September. (WZ.) Die drei im Verlage von Swinna erscheinenden Zeitungen: „Oberschlesische Morgen-Zeitung“, „Rattowischer Zeitung“ und „Königsbütter Tagesblatt“ sind neuerdings auf unbestimmte Zeit verboten worden.

Bolschewistenaufstand in Buchara.

Moskau, 6. September. (WZ.) (Durch Funkpruch.) In Buchara (Turkestan) geht ein revolutionärer Aufstand vor sich. Die roten Truppen besetzten die wichtigsten Kriegs- und Handelspunkte. Es sind Dokumente gefunden worden, die englischen ... aufweisen. Buchara wurde als selbständige Republik proklamiert. Die 3 Millionen Arbeitermassen in Buchara begrüßen den Umsturz als eine lang ersehnte Befreiung.

Enver Pascha — bolschewistischer Oberkommandierender?

London, 7. September. (WZ.) Ein Radiogramm vom 6. September besagt: Moskauer Nachrichten melden, daß Enver Pascha auf Wunsch Lenins und Trotskys zum Oberkommandierenden der bolschewistischen Truppen, die gegen Indien marschieren, ernannt worden ist. Die bolschewistischen Truppen im Kaukasus, in Persien, Afghanistan und Transkaspien sind unter seinem Befehl gestellt worden. Enver Pascha hat sein Hauptquartier in Smolensk.

Note Justiz.

Die „Dena“ meldet aus Heisingfors: In dem Prozeß gegen die Leiter der Konsumvereine wurden die ehemaligen Minister der Regierung Kerenki, Kilitin, Bakshard und Norduchowitsch, zum Tode verurteilt, welche Strafe im Wege der Begnadigung in Zuchthausstrafen zu 15 Jahren umgewandelt worden ist. Die übrigen Angeklagten wurden zu Gefängnisstrafen von 3-10 Jahren verurteilt.

Vor der Ausweisung Kamenetov und Krassin.

Paris, 8. September. (WZ.) Nach einer „Times“-Meldung aus London ist man im Begriff, Maßnahmen zu treffen, um der wirtschaftlichen Mission Sowjetrußlands ein Ende zu machen. Die englische Regierung sei entschlossen, die Mission auszuweisen. Sobald Lord George zurückgekehrt sei, werde der Beschluß bekanntgegeben werden, aber es scheint immer noch möglich, daß Kamenetov und Krassin freiwillig vorher abreißen.

Die Reise der russischen Gewerkschaftsdelegation.

Kristiania, 8. September. (WZ.) Die russische Gewerkschaftsdelegation, die sich zurzeit in Norwegen aufhält und deren Aufenthaltserlaubnis am heutigen Mittwoch abläuft, hat noch immer nicht die Einreiseerlaubnis nach England erhalten. Dagegen ist der Delegation gestattet worden, nach Deutschland zu kommen und auch die schwedische Regierung ist nicht abgeneigt, ihr die Einreise nach Schweden zu gestatten, wenn gleichzeitig 14 schwedischen Kaufleuten die Einreiseerlaubnis nach Sowjetrußland gegeben wird und Norwegen die Rückreise der Delegation über Norwegen gestattet. Es ist anzunehmen, daß die norwegische Regierung sich dazu bereit finden wird.

Polnische Beschwerde beim Völkerbund.

Paris, 7. September. (WZ.) Aus Warschau ist folgende Depesche der polnischen Regierung an den Völkerbundsekretär eingetroffen: Im Augenblick des polnischen Rückzuges ermächtigte die litauische Regierung die Bolschewisten, auf litauisches Gebiet überzutreten, um sich eine militärische Operationsbasis zu bilden, und verichte dadurch die Neutralität, die sie beobachtet wollten. Nach dem Rückzug der polnischen Truppen besahen die Litauer die am 10. Dezember 1919 durch den hohen Rat Polen zugesprochene Demarkationslinie und ließen der polnischen Regierung zu verstehen, daß sie die früher festgesetzte Grenze nicht anerkennen würden, und daß sie verlangen würden, daß die Polen sich jenseits Grajwo zurückzögen.

Die russisch-finnischen Friedensverhandlungen.

Stockholm, 7. September. Korvisla Presszentrale meldet aus Helsingfors vom 6. September:

Die Friedensverhandlungen haben während der letzten Tage einen günstigen Verlauf genommen. In der Sitzung der territorialen Kommission am Sonnabend erklärten die Russen, daß sie von ihrer Regierung neue Anweisungen bekommen hätten, laut welchen Petschenga an Finnland gegeben würde. Rußland verzichtet auf die umstrittenen Inseln im Finnischen Meerbusen und auf ein Gebiet auf der Inselischen Landzunge, besteht aber auf der Forderung, daß Repola und Porajärvi abgetreten werden müssen.

Die Antwort Finnlands soll spätestens am Dienstag 7 Uhr abends abgegeben werden. Man erwartet, daß die Delegation Mittwoch nach Dorpat zurückkehren wird.

Polen wirklich friedliebend?

Paris, 8. September. (WZ.) Die „Chicago Tribune“ aus Warschau meldet, daß Polen den Vorschlag des Generals Brangel eine gemeinsame Offensive gegen die Bolschewisten zu unternehmen, abgelehnt. Die Ablehnung hänge damit zusammen, daß die Verhandlungen in Riga vor ihrer Wiederaufnahme ständen, und sei auch durch die seitens der Alliierten gegebenen Ratschläge zur Wählung veranlaßt.

Flugzeuge als Verbindungsmittel nach Riga.

Paris, 8. September. (WZ.) Ein Radiotelegramm aus Warschau meldet, daß nach den Nachrichten aus Riga die polnische Delegation beschlossen habe, für ihren Verkehr mit Warschau nicht nur die drahtlose Telegraphie, sondern auch Flugzeuge zu benutzen.

Warschauer Geesichtsbericht.

Kopenhagen, 8. September. (WZ.) Polnischer Geesichtsbericht vom 6. September. Wir schlugen die litauischen Angriffe zurück und haben eine litauische Kompanie gefangen genommen, die gegen die polnischen Nachtruppen vorgezogen war. Gestern leisteten wir eine Offensive bei Grubeschow ein, das nach hartem Kampfe eingenommen wurde, und sind gleichfalls bei Tassowice vorgerückt. In Galizien sind die verheerendsten feindlichen Angriffe mit großen Verlusten für den Feind abgefallen worden.

Anwachsen der Erwerbslosigkeit in Sachsen.

In welcher Weise die Zahl der Erwerbslosen in Sachsen gewachsen ist, veranschaulichen folgende amtliche Ziffern: Am 1. Juni betrug die Zahl der Erwerbslosen (Hauptunterstützungsempfänger) 71 355. Sie stieg am 15. Juni auf 75 291, am 15. Juli auf 100 745, am 1. August auf 112 706, am 15. August auf 120 247. Die Zahl der Hilfsloseneinpfänger betrug am 1. Juni 65 787. Sie stieg am 15. Juni auf 70 509, am 15. Juli auf 90 587, am 1. August auf 98 285, und am 15. August auf 101 802.

Jugendwohlfahrt.

Von Stadtrat Dr. Caspari (Brandenburg a. O.)

Anfang November 1919 berief das Reichsministerium des Innern eine kleine Kommission von Sachverständigen zur Vorbereitung und parlamentarischen Durchberatung eines Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes ein. Diese Kommission, deren Mitglieder zum Teil auch das Vertrauen der damals die Regierung bildenden Mehrheitsparteien genossen, hat in mehrmonatiger Arbeit den im Ministerium vorbereiteten Entwurf einer gründlichen Durcharbeit unterzogen und wesentlich ausgestaltet. Mitte März 1920 ist der Entwurf mit Begleitworten der Referenten für die einzelnen Hochgebiete im „Zentralblatt für Vormundchaftsweisen“ veröffentlicht worden. Einige Zeit danach fand eine Reichsratsitzung statt, zu der dieselben Sachverständigen ebenfalls auf Einladung des Reichsministeriums des Innern zur Beratung geladen waren. Bedenken einiger Reichsratsmitglieder gegen die Zulässigkeit dieses Verfahrens der Reichsregierung verhinderten die weitere Beratung des Entwurfs in Gemeinschaft mit diesen Sachverständigen, zu denen auch ich zählte.

Inzwischen ist die alte Regierung zurück- und die Regierung des Weimarerhauses an ihre Stelle getreten. Nicht nur die Sachverständigen, sondern wohl alle Kreise der Bevölkerung, denen die Wohlfahrt der deutschen Jugend am Herzen liegt, haben die Einbringung des Entwurfs beim Reichstag durch die jetzige Regierung erwohlet. Es sollte doch alles besser werden als unter der sozialistisch durchgeführten alten Regierung! Was verlangt der Wiederaufbau des Volkes aber wohl dringender, als bei der Wohlfahrt der deutschen Jugend den Sebel anzusetzen, die für die Zukunft des Volkes von weittragender Bedeutung ist? Es ist mir allerdings bekannt geworden, daß von bürgerlicher Seite gegen den Gesetzentwurf während der Reichsratskonferenz starke Bedenken geltend gemacht worden sind. Möglich ist, daß manchem Zeitgenossen die Bestimmungen des Gesetzesentwurfes zu radikal, zu „sozialistisch“ erschienen. Die Tatsache, daß von den fünf die Kommission bildenden Sachverständigen nur einer, der Schreiber dieser Zeilen, Sozialist ist, läßt aber wohl den Schluss zu, daß auch die übrigen Sachverständigen als Vertreter der bürgerlichen Weltanschauung die in dem Entwurf enthaltenen Forderungen als Forderungen haben vertreten können. Es verdient an dieser Stelle hervorgehoben zu werden, daß die Sachverständigen trotz der Verschiedenartigkeit ihrer Weltanschauung sich über alle Fragen haben einigen können, ein Beweis dafür, daß von allen Seiten vorurteilslos und mit dem Willen, ein brauchbares Gesetz zustande zu bringen, gearbeitet worden ist.

Es würde zu weit führen, wollte ich den Inhalt des Entwurfs, wenn auch nur auszugeweiht, wiedergeben. Ich will mich nur auf einige grundsätzliche Fragen beschränken. Der oberste Leitgedanke des Entwurfs ist in den beiden Grundätzen des ersten Paragraphen niedergelegt. Jedes deutsche Kind hat ein Recht auf körperliche, geistige und sittliche Erziehung. Dieser Grundsatz hätte vielleicht in die Verfassung als Grundrecht aufgenommen werden können. Das Gesetz holt hier Unterbliebenes nach und vertritt damit eine alte Forderung. Ergänzend sagt der Entwurf in dem gleichen Paragraphen, daß das Recht und die Pflicht der Eltern zur Erziehung durch dieses Gesetz nicht berührt werden, und daß, insofern der Anspruch des Kindes von der Familie nicht erfüllt wird, öffentliche Jugendhilfe eintrete. Deutlich und klar wird also der subsidiäre Charakter der öffentlichen Jugendhilfe festgestellt. Der Entwurf will nicht, daß die Familie ihre Pflicht zur Erziehung auf die Organe der öffentlichen Jugendhilfe, die Jugendwohlfahrtsbehörden (Jugendämter, Landesjugendämter, Reichsjugendamt) abwälzt. Wird aber auf der einen Seite die Familie als in erster Linie erziehungspflichtig bezeichnet, so kennt der Entwurf doch auf der anderen Seite genügend Bestimmungen zum Schutze der Jugendlichen, falls die Familie verlagert. Die öffentliche Jugendhilfe soll alle Maßnahmen zur Förderung der Jugendwohlfahrt (Jugendpflege und Jugendfürsorge) umfassen. Die Vereinnahmung der Jugendpflege erscheint besonders bedenklich. Grundlegend ist auch die Verpflichtung, daß für den Bezirk jeder unteren Verwaltungsbehörde als Einrichtung der Selbstverwaltung ein Jugendamt zu errichten ist. Es ist vielleicht bezeichnend für den heutigen Rechtszustand, daß das preussische Gesetz, betreffend die öffentliche Krüppelfürsorge vom 6. Mai 1920, in seinem § 6 von „dem zuständigen Jugendamt“ spricht und fortführt, daß für den Zeitraum, bis alle Stadt- und Landkreise auf Grund gesetzlicher Bestimmung Jugendämter haben, im Verordnungswege die entsprechenden Stellen bezeichnet werden sollen.

Auch auf dem Gebiete des Schutzes der Pflegekinder bringt der Entwurf grundsätzliche Neuerungen. Jahraus, jahrein wird in der Tages- und Nachpresse über die Not der Pflegekinder, ihren mangelnden Schutz infolge unzureichender Gesetzgebung geklagt. Seit Monaten liegt dieser Reichstagesentwurf, ein Reichsrahmengesetz zum Schutze der Pflegekinder vor, ohne daß die Regierung die Angelegenheit

weiser gefördert hätte. Von besonderer Bedeutung sind auch die Abschnitte 4, 5, 6 des Gesetzes über die Stellung des Jugendamtes im Vormundschaftswesen, über die öffentliche Unterbringung hilfsbedürftiger Minderjähriger, über Fürsorgeerziehung und Schulaufsicht. Der § 1 des Gesetzes, nach dem jedes Kind einen öffentlich-rechtlichen Anspruch auf körperliche, geistige und sittliche Erziehung hat, findet seine Ergänzung unter anderem in der Bestimmung, daß zukünftig Erziehung und Erwerbsbefähigung in dem notwendigen Lebensunterhalt einbezogen sind. Bei Beurteilung der Notwendigkeit der Leistungen hinsichtlich der öffentlichen Unterbringung hilfsbedürftiger Minderjähriger sieht der Entwurf die Veranschlagung des Bedürfnisses nach dauernder und gründlicher Abhilfe gegen Störungen der körperlichen, geistigen und sittlichen Entwicklung der Minderjährigen vor.

Ich könnte noch viele Einzelheiten des Entwurfs, die von einschneidender Bedeutung sind, anführen. Meine Zeilen sollen aber in erster Linie den Zweck haben, eine Erklärung darüber herbeizuführen, warum dieser, wie auch wohl der Gegner anerkennen muß, gründlich vorbereitete Entwurf bisher nicht an den Reichstag gebracht worden ist und wann die Regierung gedenkt, das Versäumte nachzuholen.

Parteizersplitterern ins Stammbuch.

Wir lesen:

Die Zentrale der sterbenden K. P. D. (Spartakusbund) hat das Verbrechen begangen, die Kampffront des revolutionären Proletariats Deutschlands zu schwächen, zu verwirren, zu zerstückeln. . . Da diese Herrschaften nicht überzeugende Gründe für ihre frivolen Führerakte aufbringen vermochten, so mußten perfide Lügen, gemeine Ehrabschneidereien und nichtswürdige persönliche Verdächtigungen herbeigeholt. . . Doch der Versuch, durch diese Uniat (gemeint ist die Zertrümmerung der Partei; Red. d. "Vorw.") die Führerdiktatur zu stärken, ist kläglich gescheitert. Deutschlands kämpfende Proletariat bilden nicht mehr eine fromme, geduldige Wahlvereinsgemeinde; das Selbstbewußtsein ist endlich erwacht! Die Zentrale sieht sich von den Massen verlassen und verachtet, und sie wäre längst genötigt gewesen, ihren politischen und moralischen Bankrott offen eingestehen und von der Öffentlichkeit lautlos zu verschwinden, wenn ihr nicht Karl Kadel (der Souffleur Levitz), der Sekretär des Exekutivkomitees der Dritten Internationale, eine Hoffnung gegeben haben würde: eben die Dritte Internationale! Das deutsche Proletariat will von den Vorkämpfern der Spartakuszentrale nichts wissen!

Doch die Kritik an den Parteizersplitterern nimmt noch energischer Formen an:

„Hat Lenin nichts darin gefunden, daß der Klügel der Spartakuszentrale die Dritte Internationale benutzte, um die Massen, die der Zentrale den Rücken gekehrt haben, zur Weimarer Republik zu zwingen? Wenn die tüchtigen Leute über den politischen Jahrmärkt hinwegsehen: Hier der große Schlager: Dritte Internationale — nur durch uns zu beziegen! — ist da keinem russischen Genossen die Galle übergelaufen!“

In diesen kräftigen Tönen werden die Parteizersplitterer als Feinde des Proletariats gezeichnet und mit folgenden Worten verurteilt:

„Die Wogen der Zentrale (gemeint ist die Zentrale der K. P. D.; Red. d. "Vorw.") haben die Spaltung verübt, haben uns als Schigel, Lüttich-Kumpans, Diebe, Eindrehler, Provokateure, Nationalisten usw. bezeichnet, haben gelogen, verleumdet.“ . . .

Über Rußland wird höhnisch ausgeführt:

„Nicht Kadel-Diktatur, aber Parteidiktatur, Führerdiktatur, wie sie unverhüllt nicht denkbar ist. Die Diktatur der Partei eines Landes über die Bruderparteien aller Länder. Die Erfahrungen der Partei eines Landes in

einer bestimmten Situation bestimmend für die Taktik der Parteien aller anderen Länder. Die Wink der Bolschewiki: Befehle für das Weltproletariat. . . Auf dem zweiten Kongreß der Dritten Internationale hat die Idee gesiegt, die Partei eines Landes müsse die Diktatur ausüben über die Parteien der ganzen Welt. Der Wahlspruch lautet: Proletariat aller Länder vereinigt Euch nach den Anordnungen der kommunistischen Partei Rußlands. . . Wer (in Deutschland) die Heiligkeit der Zentrale des Spartakusbundes vermeint, ist mindestens ein Dummkopf. Wer dem Exekutivkomitee nicht alle Macht über die inneren Parteiangelegenheiten einräumt, der wird sich schon damit abfinden müssen, „gebrandmarkt“ zu sein. Ja, waren die Moskauer von allen guten Geistern verlassen, als sie sich zum zweiten Kongreß rüsteten und ihn abhielten? . . .

Wie konnte ein Taktiker vom Format Lenins eine Schablone für die Weltrevolution fabrizieren wollen? Wie konnten ernste kämpfende Revolutionäre auf den Sektiererwahn verfallen, einen Parteiennamen zu wählen und anzuordnen, alle „Gruppen und Strömungen“ hätten nun aus der Welt zu verschwinden, es dürfe in jedem Lande nur eine einzige Partei geben? Das wirkt wie eine tödliche Satire auf die Parteidiktatur.“

Wer diese Ausführungen aufmerksam liest, muß zu der Ueberzeugung gelangen, daß sie die Kritik eines sozialdemokratischen Parteigenossen an den schlimmsten Feinden der Arbeiterbewegung, an den Parteizersplitterern, enthalten. Doch weit gefehlt! Der Verfasser der hier angeführten Satire ist Franz Pfemfert, der gegenwärtig für die K. P. D. eintritt, und der Det, an dem diese Zeilen stehen, ist — die „Aktion“, das Organ Pfemferts. Hiernach braucht kaum noch erwähnt zu werden, daß die ganze Polemik sich nur gegen die K. P. D. wendet.

Es wirkt nachgerade wie die Unabänderlichkeit eines Naturgesetzes, daß alle diejenigen, die durch neue Sektengründungen die alte Sozialdemokratische Partei zu spalten suchten, nun selbst der Spaltung verfallen sind.

Der Kapp-Verbrecher als Vorgesetzter.

Wie wir wiederholt mitteilten, ist nach und nach das Verfahren gegen fast sämtliche am Kapp-Putsch beteiligte Personen eingestellt worden, da sie eine weise Behörde nicht als Führer anerkennen will. Noch eigenartiger als die Einstellung des Verfahrens gegen Falkenhäuser, Brederes, Kapitänleutnant Leisch und Traub wirkt ein Fall, den das „Berliner Tageblatt“ mitteilt:

Unter der Regierung Kapp wurde der frühere Oberpostdirektor von Berlin, Geheimrat Oberposttrat Sönksen, vom „Herrn Reichskanzler“ Kapp sogleich zum Reichspostminister und Nachfolger des Herrn Giesberts ernannt. Als er am ersten Tage auf Widerstand stieß, nahm er sich Bedenkzeit, trat aber am nächsten Tage energisch mit demselben Verlangen hervor, nachdem er inzwischen die Aussichten des Putsches offenbar noch günstiger beurteilt hatte. Lediglich dem Widerstand des Staatssekretärs Teufel und der übrigen Beamten des Reichspostministeriums ist es zu danken, daß Herr Sönksen kein hochverräterisches Unternehmen nicht hat durchführen können. Bald nach der Beendigung des Putsches erschien in der Zeitschrift der höheren Post- und Telegraphenbeamten, den „Blättern für Post und Telegraphie“, eine Mitteilung, nach der Herr Sönksen als vortragender Rat in das Ministerium versetzt und der vortragende Rat Genzko zu seinem Nachfolger ernannt worden sei.

Worin die Sühne für Sönkens Verhalten bestand, wurde zur Überraschung der Beamtenchaft nicht bekannt. Wie sich der Minister Giesberts selbst über den eidbrüchigen Beamten äußert, geht aus folgenden Worten hervor, die er auf dem Verhandstag der unteren Postbeamten sprach:

Darauf sagten die Söhne nach einiger Ueberlegung:

„Vater, lehre sie nicht. Dann wird sie bis zum Ende ihrer Tage beharrlich weitermachen. Zeige ihr nicht, wie die gespannte Sehne durch ihr Zusammenziehen den Pfeil wegknickt, dann wird sie keine Lust zur Jagd haben. Verbirg ihr die Eigenschaft der Röhre, die einen scharfen Pfeil verschluckt, wenn er mit einem Adler bedeckt ist, sie wird dann nicht an das Auswerfen von Angeln oder Netzen denken. Lehre sie nicht, wie man einen Baum aushöhlt und damit nach der anderen Seite des Sees fahren kann. Und lehre sie niemals wissen, wie sie mit einem Klonden oder Braunen ein eigenes Haus und was dazu gehört bekommen kann. Doch sie dies alles niemals wissen, Vater, dann wird sie bei dir bleiben und die Milch deiner Röhre wird fett sein. Uns jedoch laß gehen, Vater, jeden nach seinem Wunsch!“

So sprachen die Söhne. Aber der Vater, der ein sehr vorzüglicher Mann war, entgegnete:

„Ei nun, wer wird sie davon hindern, zu lernen, was ich sie nicht lehre? Wie wird es werden, wenn sie die Klause fliege auf einem treibenden Zweig fahren sieht? Wie wenn der ausgezogene Faden ihres Gespinnstes seine frühere Länge wieder bekommt und, schnell sich zusammenziehend, das Schiffchen ihres Bestuhls zufällig fortjähleudert? Wie, wenn sie am Ufer des Sees den Fisch beobachtet, der nach einem sich krümmenden Wurm schnappt oder in falscher gellender Regierde ihn verschluckt und an der scharfen Glederküste des Niedergases schlakt? Und wie endlich, wenn sie ein Netzchen findet, das sich die Lerchen im Waidmohr in den Klee bauen?“

Die Söhne dachten nach und sagten: „Sie wird daraus nichts lernen, Vater! Sie ist zu dumm, um daraus Wünsche und Erfahrung zu schöpfen. Auch wir würden nichts gelernt haben, wenn du es uns nicht gesagt hättest.“

Doch der Vater antwortete: „Nein, dumm ist sie nicht! Ich fürchte, sie wird aus sich selbst lernen, was ihr nicht ohne mich lerni. Dumm ist die Thogater nicht!“

Darauf dachten die Söhne wieder nach — diesmal aber Hefer und sagten:

„Vater, sage ihr, daß Wissen, Begreifen und Begehren . . . sündig ist für ein Mädchen.“

Diesmal war der vorzügliche Vater zufriedengestellt. Er ließ seine Söhne ziehen auf den Fischfang, auf die Jagd, in die Welt, auf die Hochzeit . . . überall hin.

Aber er verbat Thogater das Wissen, das Begreifen und das Begehren, die in Einsicht bis an ihr Lebensende weiterwette.

Und dies tat sie bis zum heutigen Tage.

Historische Kommission für das Reichsarchiv. Durch Erlass des Reichspräsidenten vom 17. Juli ist beim Reichsministerium des Innern für das Reichsarchiv in Potsdam eine historische Kommission gebildet worden, deren Aufgabe es sein soll, das Reichs-

Bei den vielfältigen Aufgaben, die mir jetzt obliegen, ist es mir nicht möglich gewesen, eher zu kommen, weil ich heute morgen noch die Sache mit dem einzigen ungetreuen Beamten der Reichspostverwaltung, dem Oberpostdirektor von Berlin, erledigen mußte. Der Berliner Oberpostdirektor ist von seinem Posten entfernt worden (schon früher, denn ich werde es keinem Beamten zumuten, ihn als Vorgesetzten anzusehen. Erneuter Beifall!) Das Disziplinerverfahren ist gegen ihn eingeleitet worden. Ich bedaure, daß ein Mann, der 41 Dienstjahre hinter sich hat und im allgemeinen ein tüchtiger Beamter war, sich durch seinen Ehrgeiz zu solchen Schritten hat verleiten lassen. Für uns kann es nur einen Standpunkt geben: daß wir uns auf den Boden der Verfassung stellen, unbeschadet unserer verschiedensten politischen Auffassungen.“

Zwischen diesen Worten des Ministers Giesberts und der Behandlung des Herrn Sönksen lag ein unüberbrückbarer Widerspruch. Ein vortragender Rat ist ein sehr hoher Vorgesetzter, und man kann es allerdings der Beamtenchaft nicht zumuten, sich diesem Manne unterzuordnen. Wir erwarten eine alsbaldige Äußerung des Ministers Giesberts, die hoffentlich eine Klärung der recht dunklen Angelegenheit bringt.

Auf dem Altar Moskaus geopfert.

Die Kreisgeneralsversammlung der U. S. P. D. des Kreises Solingen entschied sich mit großer Mehrheit für den Anschluß an die Dritte Internationale unter Anerkennung der 21 Thesen Moskaus. Es wurde ferner beschlossen, wer sich nicht zu diesen Beschlüssen bekannte, solle seine Folgerungen ziehen, andernfalls erfolge sein Ausschluss. Darauf erklärte Reichstagsabgeordneter Merkel, daß er die politische Leitung der „Arbeiterstimme“ in Solingen niederlege und sein Reichstagsmandat der Begleitleitung zur Verfügung stelle, da er nicht Kommunist sein könne.

Die Versammlung beurteilte aufs schärfste die antisozialistische Propaganda des Abgeordneten Dittmann, weil sie gegenrevolutionär sei. Ferner verlangte die Versammlung von der Parteileitung die sofortige Proklamierung von politischen Arbeitern und deren Wahlen.

In Solingen hat Wilhelm Dittmann jahrelang politische Aufklärung auf seine Art geleistet. In Solingen hat sich eine Spezialität für Parteiserberberichter herausgebildet. Jetzt liegt Merkel, der Herrscher der schönsten Toni und des „Raubtiers“ Redebour. Wann folgen die Grifflin und Dittmann nach?

Liebesgaben für Agrarier.

Die Frühdeuschsprämie, die in diesem Jahre 200 M. pro Tonne beträgt, hatte bekanntlich den Zweck, die Ernte für Brotgetreide schneller bereinzubringen. Trotz des starken Anreizes haben sich die in sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt, wozu der fortgesetzt zunehmende Schleichhandel sowie die mangelhafte Kontrolle der Reichsgetreidekasse beitragen. Der Landbund, der eifrig bemüht ist, die Zwangswirtschaft zu sabotieren, tut das feine dazu. Die Frühdeuschsprämie sollte am 15. September auf 100 M. gesenkt werden. Namentlich stellen sämtliche bürgerliche Parteien im 5. Ausschuss des Reichstags den Antrag, die Frühdeuschsprämie im vollen Umfange bis 1. Januar 1921 weiterzugewähren. Das bedeutet bei den hohen Getreidepreisen eine ganz unbedeutende weitere Steigerung, die zu Lasten der Reichskasse geht.

Die rechtsstehenden bürgerlichen Parteien haben während der Wehlagitation gegen die damalige Regierung den Vorwurf erhoben, daß sie die Reichskasse für die Minderung der Preise der Lebensmittel enorm erhöht habe. Die gegenwärtige Regierung ist bereits über alle bisherige Belastung hinausgegangen, und es zeigt sich, wie wenig von dieser Seite das Versprechen bei der Wahl erfüllt wird. So bleibt die Taktik von dieser Seite dieselbe, die uns früher schon bekannt war, die Millionen für agrarische Ansprüche herzugeben, wo sie verlangt werden, aber immer auf Kosten der ärmsten Volksklassen.

Eine Geschichte von der Autorität.

Von Kallituli.

Thogater (griechisch Tochter) wollte die Röhre ihres Vaters, und sie wollte gut, denn die Milch, die sie nach Hause brachte, lieferte mehr Butter als die Milch, die von ihren Brüdern nach Hause gebracht wurde.

Wobor die jungen Landleute die Weide betreten, ja lange vor dieser Zeit stehen die Röhre an der Einzäunung und warten darauf, daß man sie von dem Ueberfluh entlaste, den sie eigentlich für ihre Röhre bereiten. Aber die Menschen essen die Röhre auf, weil sie die Röhre hierzu in sich fühlen, und dann ist zuviel Milch in den Tüchern.

Was geschah nun, während die Röhre mit dummem Gesicht vor der Einzäunung wartete? Während dieses Stillstehens treibt der leichteste Teil der Milch die Röhre, das Fett, die Butter, nach oben und liegt also der Röhre am fernsten.

Wer nun geduldig bis zum letzten Tropfen wartet, bringt fette Milch nach Hause. Wer Eile hat, läßt Sahne zurück.

Und siehe, Thogater hatte keine Eile, wohl aber ihre Brüder. Denn sie behaupteten ein Recht auf etwas anderes zu haben als das Melken der Röhre ihres Vaters. Sie jedoch dachte nicht an das Recht.

„Mein Vater hat mich mit Pfeil und Bogen schießen gelehrt,“ sprach einer der Brüder. „Ich kann von der Jagd leben und will in der Welt umherstreifen und auf eigene Rechnung arbeiten.“

„Mich lehre er fischen,“ sagte der zweite. „Ich wäre schon dumm, wenn ich flets für einen anderen melken wollte.“

„Er zeigte mir, wie man einen Kahn macht,“ rief der dritte. „Ich solle einen Baum und sehe mich im Wasser darauf. Ich will wissen, was es am anderen Ufer des Sees zu sehen gibt.“

„Ich habe Lust, mit der Klonden Öhne (griechisches Weiß) zusammenzuwohnen,“ erklärte der vierte, „damit ich ein eigenes Haus habe mit Thogaters darinnen, die für mich melken.“

So hatte jeder Bruder einen Wunsch, eine Begierde, einen Willen. Und sie waren von ihren Neigungen so erfüllt, daß sie sich keine Zeit gönnten, die Sahne mitzunehmen, welche die Röhre ganz mühelos, ohne Ruhen für jemanden, bei sich behalten mußten. Thogater aber melkte bis zum letzten Tropfen.

„Vater,“ riefen endlich die Brüder, „wir gehen.“

„Wer soll da melken?“ fragte der Vater.

„Kun, Thogater.“

„Und wie soll das werden, wenn auch sie Lust bekommt, zu fahren, zu fischen, zu jagen, sich die Welt anzusehen? Wie soll es werden, wenn auch sie auf den Gedanken kommt, mit etwas Klonden oder Braunen zusammen zu wohnen, damit sie ihr eigenes Haus mit allem, was dazu gehört, habe? Auch kann ich wissen, doch sie nicht . . . weil die Röhre, die sie nach Hause bringt, so fett ist.“

archiv in seiner wissenschaftlichen Tätigkeit zu beraten, die Verbindung des Reichsarchivs mit der Wissenschaft herzustellen und über die Unabhängigkeit seiner Forschungen zu wachen. Auf Vorstoß des Reichsministers des Innern sind nunmehr erstmalig auf die Dauer von fünf Jahren die nachstehenden Persönlichkeiten vom Reichspräsidenten in die Kommission berufen worden: v. Reihmann-Gollweg, v. Borries, Hans Delbrück, Freiherr v. Preytag-Loringhoven, Prof. Dr. Götz, Prof. Dr. Rehr, Dr. Demald, Dr. Frick, Marsch, Prof. Dr. Meinecke, Dr. Hermann Oden, Prof. Dr. Schreiber, Prof. Dr. Schulte, Prof. Dr. Schumacher; der Präsident des Reichsarchivs Oberst a. D. v. Reth gehört der Kommission von Amts wegen als Mitglied an. Nach dem vom Reichspräsidenten erlassenen Statut wird die Kommission, deren erste Sitzung auf Anfang Oktober in Aussicht genommen ist, ihren Vorsitzenden selbst wählen.

Wir würden es für sachlich wichtig halten, in diesem Ausschuss alle Geschichtsauffassungen vertreten zu sehen. Unter den vom Reichsministerium des Innern vorgeschlagenen Gelehrten suchen wir aber vergebens nach einer Persönlichkeit, die den historischen Materialismus vertritt. Wir sind der Meinung, daß eine solche für die dem Ausschuss gestellte Aufgabe — z. B. die Ueberwachung der Unabhängigkeit der Forschungen — durchaus in Betracht kommen muß.

Eine Denkschrift zur Begründung freier Wirtschaftshochschulen hat Dr. Felix Vordach dem Reichswirtschaftsrat unterbreitet. Im Hinblick an organisatorische Vorarbeiten, die bereits im Sommer 1919 mit führenden Kreisen des Berliner Wirtschaftslebens eingeleitet wurden, wird der Grundgedanke der wirtschaftlichen Erleichterung aller am Wirtschaftsprozess Beteiligten, sowohl Wirtschaftsführer wie -mitarbeiter, in allen Formen der Gemeinschaftsarbeit entwickelt und ein auf sachlicher Weiterbildung beruhendes praktisch-wirtschaftliches Lehrprogramm aufgestellt. Ein wesentliches Merkmal ist die Einbeziehung der freien Wirtschaftshochschule auf solche Zwecke, die ohne Rücksicht auf die Gesellschaftsordnung, im Wesen der Wirtschaft als solcher liegen, so daß sowohl die Unternehmungswirtschaft als die sozialisierte Wirtschaft in ihren praktischen Formen zu Fortbildungsmitteln dienen.

Theater. Am Kleinen Schauspielhaus findet am Donnerstag die 75. Aufführung der Operette „Der Hieb im Ganzerhand“ von Robert Parler-Parlinghaus statt. — Die Eröffnung des Schauspielhauses „Frau Bärbel“ von Fischer und Enoga, die am 10. September im Zentraltheater, Alte Jakobstraße, stattfindet, beginnt pünktlich um 7 Uhr.

Ein erster weiblicher Kunstgewerbelehrer. Laura Oberhardt, die an der Staatshochschule Kunstgewerbe unter Vanos die Klasse für künstlerische Neuanarbeit leitet, ist zum Professor ernannt worden.

Ausstellungen zur Geschichte des Buches wird die Umbauung des Grapilligen Kabinetts, Kurfürstendam 202, im Laufe des Winters veranstaltet. Sie sollen in der Hauptstadt Stücke aus Berliner Privatbesitz zeigen. Anfang Oktober findet eine Ausstellung monumentaler Bildbrücke des 19. Jahrhunderts statt.

Geins Rabe's Puppentheater, das Berliner Kindertheater, beginnt seine Wärdenspiele am Freitag. Der Magistrat der Stadt Wärdens hat die keine Bühne zu wöchentlichen Gastspielen verpflichtet. Die Freie Volkshöhne für über 30 Vorstellungen und der Magistrat der Stadt Charlottenburg für 12 Vorstellungen.

Ganz wie in Armenien.

In einem Privatbrief, der uns zur Verfügung gestellt wird, finden wir eine so lebendige Einzelschilderung der ober-schlesischen Zustände, daß sie manche Zeitungsberichte ersetzen. Der Schreiber, ein älterer Herr in Antonienhütte, berichtet einem Bekannten in Berlin:

„Endlich bin ich in der Lage, Ihnen einen ausführlichen Brief über die ober-schlesischen Schreckenstage zu senden.“

Bereits seit einem Monat treiben sich schon polnische Banden und Horden scharf mit Gewehren und Handgranaten und Messern herum und machen die Gegend unsicher. Man darf überhaupt nicht mehr wagen, das Abends auf die Straße zu gehen.

Sonntag früh, am 21. August, 4 1/2 Uhr, wurden auch wir von je einer Horde überfallen. 15 Mann drangen in die Stube, setzten meine Frau und mich gefesselt Revolver auf die Brust mit der Aufforderung: „Waffen raus!“ Natürlich hatten sie da keinen Erfolg. Meine Frau ist vor Schreck ohnmächtig geworden, und ich bin ganz kopflos. So haben es die Banditen dreimal versucht. Man muß sich aber trösten, denn es ist vielen andern auch so ergangen. Nun stehen wir da, ganz schutzlos und mehr los den Horden überlassen. Alles Lob der „Friedenshüte“, die diesen die Banden nicht rannommen, haben sich die ganze Woche verteidigt, und die Polen haben sich dort blutige Abspieße geholt. So konnte es auch hier sein, nur fehlte hier der energische Mann. Es wurden von den Banditen mehrere erschlagen, so der Wägebüchse Sohn vom Werkmeister Werner, ein Sohn von Kurza, auch der frühere Polizist Kopke ist heute seinen Verletzungen erlegen. Soeben erzählt mir ein Mann aus Galenba, daß heute nacht drei Gendarmen dort erschlagen wurden. Es ist fürchterlich, was die Banditen alles anstellen. Sie werden sich wohl einen Begriff machen, wenn Sie die ganzen Zeitungsberichte verfolgen. Es ist nun die höchste Zeit, daß von der alliierten Kom-mission gegen dieses Räuberwesen etwas getan wird. Wir sind hier ganz so wie in Armenien. Nun erzählen die Leute, es soll noch schlimmer kommen. Ich weiß nicht, was ich dazu sagen soll. Seien Sie froh, daß Sie nicht hier sind. Ich hoffe nicht mehr auf ruhige Zeit. Die Leute sind hier zu Fanatikern geworden. Heute walfahren sie nach Czestochowa und beten, und morgen wiederum da brennen und werden sie. So gerne wie ich möchte, kann ich leider dieses Jahr an eine Reise nicht denken. Aber zur Abtötung freuen wir uns schon sehr, Sie bei uns willkommen zu heißen.

Offenlich kommt die Abstimmung bald, und da wollen wir die Sache schon schmeißen. Meine Frau sagt immer: Herr M. wird bei uns einquartiert. Ich hoffe, daß es Ihnen angenehm ist und daß Sie uns verlassen. . . .

Es heiße die Wirkung abschwächen, wenn man der Schilderung noch etwas hinzusetzen wollte. Was die Einzelschilderung erlebte, das erlebte die ganze deutsche Familie in Oberschlesien gemeinsam. Und der Abstimmungstag ist immer noch nicht festgesetzt. . . .

Die Deutsch-Amerikaner für Harding.

Washington, 8. September. (N.) Nach den „New York Times“ sind die Deutsch-Amerikaner entschlossen, den Präsidentschaftskandidaten, Senator Harding, zu unterstützen, weil er gegen den Völkerverbund ist und beabsichtigt, nach seiner Wahl mit Deutschland einen Sonderfrieden zu schließen. Die Organisation wird von dem Deutsch-Amerikanischen Bund geleitet, der auf seiner letzten Versammlung in Logan die Unterstützung Hardings empfahl und eine Tagesordnung annahm, in der es unter anderem heißt, daß Mittel und Wege gesucht werden müßten, mit den Freen in Amerika zusammenzuwirken.

Millerand gegen die Genfer Konferenz.

Amsterdam, 8. September. Der Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet aus Paris: Ein Meinungsaustrausch findet, wie gemeldet wird, zwischen den Regierungen Frankreichs und Englands statt, betreffend die Finanzkonferenz in Genf, welche die englische Regierung auf den 24. September vorgeschlagen hat. Es ist jetzt klar, daß Herr Millerand nicht beabsichtigt, das vorgeschlagene Datum anzunehmen, und sogar einzu-weilen nicht bereit ist, ein anderes Datum in Vorschlag zu bringen. Die Ereignisse der Spaer Konferenz und der französisch-britische Streit über Rußland und Polen haben solche Spuren in der öffentlichen Meinung Frankreichs hinterlassen, daß der französische Premierminister die gegenwärtige Zeit für die Regelung des Wieder-gutmachungsproblems nicht für günstig erachtet. Ueberdies wird Herr Millerand nicht von neuem einwilligen, mit deutschen Vertretern zusammenzukommen, wenn nicht vorher, wie in San Remo, mit Großbritannien und Italien eine endgültige Übereinkunft herbeigeführt wird. „Daily Telegraph“ fügt hinzu: In Paris schließt man aus der Wichtigkeit, mit der Deutschland nun auf einmal die Verwirklichung des Abkommens von Spaer erfüllt, daß die Alliierten Deutschland viel zu weit entgegengekommen seien.

Der Verkehr zwischen Anwälten und politischen Gefangenen. Die „Freiheit“ behauptet, daß die in der Reichsener Schießhaffäre Verhafteten, die als politische Gefangene im Polizeigefängnis sitzen, mit ihrem Verteidiger Dr. Weinberg nur in Gegenwart eines Beamten der politischen Polizei (gemeint ist wohl die sogenannte politische Abteilung im Polizeipräsidium) sprechen dürfen. Sie fragen an, was der Polizeipräsident zu dieser Anordnung seiner Organe zu sagen habe. Als wir durch Rücksprache mit Genossen Richter und dem Leiter der betreffenden Abteilung feststellen konnten, sind die Angaben der „Freiheit“ unzutreffend. Die betreffenden Gefangenen sind bereits seit Sonnabend den ordentlichen Gerichten überwiesen, unterliegen also nicht mehr dem Polizeipräsidium, wenn sie auch auf Anordnung des Gerichtes und wegen Ueberfüllung der Gefängnisse vorläufig im Polizeigefängnis bleiben. Als politische Gefangene dürfen sie jeden Besucher empfangen, allerdings in Gegenwart eines Beamten. Welche Einschränkung gilt jedoch nicht für die Verteidiger. Der Rechtsanwalt Dr. Kränzl, der tags zuvor als Verteidiger vorgeschrieben und sich als solcher vorgestellt und legitimiert hatte, konnte auch ohne Zeugen mit seinen Klienten sprechen. Der Rechtsanwalt Dr. Weinberg soll es jedoch unterlassen haben, sich als den Verteidiger zu bezeichnen, so daß die Beamten die für gewöhnliche Besucher geltende Anweisung anwenden zu müssen glaubten.

Auflösung der braunschwäbischen Einwohnerwehren. Der braunschwäbische Landtag hat gestern in namentlicher Abstimmung mit 31 gegen 23 Stimmen die Auflösung der Landes-einwohnerwehren beschlossen. Für die Auflösung stimmten die beiden sozialistischen Parteien, dagegen der Landeswahlverband und die Demokraten. Ein Antrag des Landeswahlverbandes, an Stelle der Einwohnerwehren einen Ortsbau unter der Aufsicht eines besonderen Ausschusses des Landtags zu organisieren, wurde abgelehnt.

Groß-Berlin

Zweckverbands Ende.

Letzter Verwaltungsbericht 1912—1920.

8 1/2 Jahre hat der Verband Groß-Berlin, der erste Versuch zur Lösung der Groß-Berliner Frage, bestanden. Am 1. April 1912 begann er auf Grund des Zweckverbandsgesetzes vom 19. Juli 1911 seine Tätigkeit. Mit dem 1. Oktober 1920, dem Inkrafttreten der neuen Stadtgemeinde Berlin, wird er aufgelöst und geht mit seinen gewaltigen Vermögenswerten, den 10 000 Hektar Dauerwaldgebiet und dem erst im vorigen Jahre erworbenen Kiefernunternehmen der Großen Berliner Straßenbahn in das einheitliche Groß-Berlin auf. Prof. Dr.-Ing. Wiebe hat noch jetzt, kurz vor dem Ende des Zweckverbandes, einen zusammenfassenden Verwaltungsbericht für die ganze Zeit des Bestehens herausgegeben, in dessen Vorwort es heißt:

Der Verband hat seine Aufgaben, soweit es die Verhältnisse und die Mängel seiner Organisation zuließen, fast ganz erfüllt und damit auf drei wichtigen Gebieten dem neuen Berlin die Wege gebahnt; seine Arbeiten sind nicht vergeblich gewesen. Das gilt zunächst von der dauernden Sicherung ausreichender großer Waldflächen zum besten der Volksgesundheit rings um Berlin. Der Verband erwarb vom Staat ausgehobene Waldgebiete in einem Gesamtumfang von 10 000 Hektar und ging alsbald daran, diesen wertvollen Besitz immer mehr zu einer großzügigen Erholungsstätte für die Groß-Berliner Bevölkerung auszugestalten. Auf dem wichtigsten Arbeitsgebiet des Verbandes, der Regelung des Groß-Berliner Nahverkehrs, gelang es, nachdem zunächst die unübersichtliche Fülle der verschiedenartigsten Rechtsbeziehungen der Einzelgemeinden zu den privaten Straßenbahnen in eine einheitliche, für das ganze Verbandsgebiet gültige Form gebracht worden war, die Große Berliner Straßenbahn mit ihren Nebenbahnen, ebenso die Berliner Ostbahnen und damit 87 Proz. des Groß-Berliner Straßenbahnverkehrs in die öffentliche Hand zu überführen. Da die noch vorhandenen Gemeindebahnen am 1. Oktober ebenso wie die Verbandsbahnen auf die neue Stadt Berlin übergehen, so wird die neue Gemeinde von Anfang an das gesamte Groß-Berliner Straßenbahnnetz ihr eigen nennen können. Auch sonst wurde auf dem Verkehrsgebiet der Einheitsgedanke nachdrücklich und erfolgreich vertreten. — Auf dem Gebiete des Siedlungswesens, der dritten und letzten Aufgabe des Verbandes,

Wo müssen die Waffen abgeliefert werden?

Die Waffen müssen bei den von den Gemeindebehörden jeden Ortes eingerichteten Ablieferungsstellen abgeliefert werden, deren Unterbringung in ortsüblicher Weise bekanntgegeben wird.

hat sich der Verband trotz seiner beschränkten Befugnissen erfolgreich bemüht, den neuzeitlichen Bestrebungen des Städtebaus Geltung zu verschaffen und das Wohnungsplan- und Bauordnungswesen Groß-Berlins durchgreifend zu reformieren und zu vereinheitlichen.

Der erste und letzte Verwaltungsbericht des Zweckverbandes (abgesehen von dem Bericht der Verkehrsabteilung für die ersten vier Jahre) ist durch eine Reihe von Karten, Skizzen und graphischen Darstellungen erläutert; eine große Karte mit den Dauerwäldern des Verbandes und die vom Zweckverband in diesem Frühjahr herausgegebene vorzügliche Wanderkarte durch den Grunewald sind dem Bericht beigelegt.

Karl Jahrow †

Kauf schmerzliche Berichte werden wir durch die Nachricht, daß einer unserer bravsten Parteigenossen, der Gastwirt Karl Jahrow, Reichenberger Straße 147, gestorben ist. Unser seit Jahren von einem Herzleiden gequälter Freund und Genosse erlitt in der Protestversammlung der Gastwirte im Wintergarten am Montag einen Schlaganfall, dem er bereits auf dem Transport zur Rettungswache erlag.

In Karl Jahrow, der wenige Tage nach seinem 51. Geburtstag verstarb, verlor unsere Partei einen stets hilfsbereiten und opferwilligen Mitarbeiter, der seit seiner frühen Jugend unermüdet die Ideen des Sozialismus vertrat. Vor allem die Genossen des früheren 6. Berliner Reichstagswahlkreises, dessen Organisation der so früh Verstorbene auf- und ausbaute half, werden sich ihres Karl Jahrow stets dankbar erinnern.

Von Beruf Dreher, trat der Verstorbene um das Ende der sozialistengesellschaftlichen Zeit in die Reihen der damals freilich recht dünn gesäten Genossen der Otanienburg Vorstadt. Aber was der Partei an Zahl abging, das wurde wettgemacht durch persönliche Opferwilligkeit und Tapferkeit. Unter den wenigen Genossen der besten einer war Karl Jahrow, der bald Bezirksführer, dann Gruppenleiter und von 1900 bis 1901 Vorsitzender der Kreisorganisation wurde. Später hat sich der Verstorbene als Vertrauensmann für Berlin und jahrelang als Kassierer des 6. Berliner Wahlkreises sowie Mitglied des Groß-Berliner Aktionsausschusses mit nie verlassender Energie trotz seines schweren Herzleidens für unsere große Sache eingesetzt. Im Jahre 1911 wählten die Genossen des 6. Kreises Karl Jahrow zu ihrem beamteten Parteisekretär. Allgemein bedauert wurde von den Genossen, die die Ansicht und Arbeitsloft Jahrows zu schätzen wußten, daß er von diesem Posten bald freiwillig zurücktrat. Auch in seinem späteren Beruf als Gastwirt hat er sich neben seiner Tätigkeit für die Partei in der Gastwirtorganisation gleichfalls hervorragend betätigt. Mit seiner Frau, die dem Verstorbenen stets in seiner Parteiarbeit hilfsreich zur Seite stand, beizuhören die Genossen den Tod eines lieben Freundes. Überall da, wo Karl Jahrow wirkte, wird seiner dauernd in Ehren gedacht werden.

Die Einäscherung des Verstorbenen findet am Freitag vor-mittag 10 Uhr im Krematorium in der Gerichtstraße statt.

Der Leichensfund am Freibad Wannsee.

5000 Mark Belohnung.

Der graufüßige Leichensfund im Grunewald, über den heute früh berichtet wurde, stellt die Kriminalpolizei wieder vor eine schwere Aufgabe. Der Fund erinnert an das Verbrechen an dem Anaben Viecher, dessen zerstückelte Leiche in einem beschumpften Gecken im Tiergarten gefunden wurde. Trotz aller Schwierigkeiten gelang es damals der Kriminalpolizei, in verhältnismäßig kurzer Zeit die Person des Toten festzustellen, den Täter zu ermitteln und festzunehmen und das Verbrechen vollständig aufzuklären.

Küher Zweifel gestellt haben die Gerichtsarzte, Medizinalrat Dr. Störmer und Prof. Dr. Strauch, in dem neuen Fall, daß die Knochen und anderen Körperteile von einem Menschen herühren. Von dem Schädel ist zur Identifizierung zunächst die Kap-feldau abgehoben worden. Der Verbrennungsversuch ist dann nicht ganz durchgeführt worden. Bei der Verbrennung haben sich unter großer Heftigkeit in der Schädelhöhle Gase entwickelt, die die Schädeldecke sprengten und in einzelne Stücke zerrissen. Ab-gestrenzte Einzelteile der Oberhäutdecke wurden mit dem Kopfe

noch gefunden und gesammelt. Von den behaarten Teilen des Kopfes ist nur noch wenig vorhanden. Auch dieses wenige Haar ist aber so stark verengt, daß sich die Farbe noch nicht genau feststellen ließ. Ebenjedenfalls konnte nach diesen Haaren bisher das Geschlecht der Person ermittelt werden. Aus den Beckenknochen sind die Oberextremität im Gelenk aufgelöst worden. Vorhanden sind von den Beinen nur die Oberschenkelknochen. Die Unterextremität mit den Füßen sind im Kniegelenk abgetrennt worden. Sie fehlen ebenso wie die Arme mit den Händen und der Kruppe.

Das Verbrechen mit der Verleumdung der Leichenhalle kurz voraufgegangen sein. Zugleich mit den Leichenbeinen wurde auch das Material, in das sie verpackt waren, genauer untersucht. Es handelt sich, wie festgestellt wurde, nicht um Karton, sondern um Gaspapier.

Das mehrfach zusammengeleimt worden ist. Die Außen-seite ist mit einer Art Kautschuk, die Innenseite ist mit Stanisol verkleidet, wahrscheinlich zu einer besseren Abdichtung. Material dieser Art wird wohl zur Verpackung von Einfuhrwaren, wie Tee und dergleichen verwendet. Das ganze Verpackungsmaterial, Papier, Füllungen, Papierstücke und schmutzige Mull-linse, ebenso wie die schmutzige, abgetragene Polstermähle, die selbstsamweise mit eingepackt war, wird im Polizeipräsi-dium ausgehüllt werden. Wichtig ist vor allem, daß Leute, die eine Person mit solchen Paketen irgendwo gesehen haben, sich sofort bei dem Nordberreichsamt im Zimmer 78 des Berliner Polizeipräsidiums melden. Der Täter hat wahrscheinlich einen Eisenbahnzug benutzt, um an den Ort zu gelangen, vorher vielleicht auch einen Straßenbahnwagen. Möglich ist auch, daß er mit einem Kraftwagen nach dem Grunewald hinausgefahren ist. Der Fundort liegt im Raum 78, etwa 50 Meter abseits der Automobilstraße Berlin-Potsdam, in der Nähe der Kaiserbrücke, die die Autostraße überquert. Die Brücke liegt im Zuge eines der beiden Wege, die vom Bahnhof Nikolasee

nach dem Freibad Wannsee

führt. In der Schöpfung, die hier eingezäunt war, aber durch Niedertreten des Drahtgeheges von Holzstammeln, Pflanzern usw., jetzt zugänglich ist, steht etwa in der Mitte eine hohe Eiche, unter der die Leichen Pakete gefunden wurden.

Im Schauhause werden heute von den vorhandenen Leichenresten Röntgenaufnahmen gemacht. Sie dienen u. a. dazu, festzustellen, ob vielleicht der Kopf Spuren eines Schusses oder Verletzungen mit einem anderen Werkzeuge aufweist. Für die Aufklärung des Verbrechens wird eine Belohnung von 5000 Mark ausgeschrieben. Sie ist für sachdienliche Mit-teilungen aus dem Publikum bestimmt.

Die Pilsausstellung im Märkischen Museum beginnt nicht heute, sondern heute in acht Tagen, am Mittwoch, 15. Sep-tember.

Unschickliches Vorgehen neuer Versteigerungsversuche. Gegen Ver-steigerungsversuche wendet sich das Friedenauer Wohnungs-amt, indem es schreibt: Obwohl in der letzten Zeit wiederholt öffentlich darauf hingewiesen wurde, daß jeder Versteigerungs-versuch im Wohnungsamt unannehmlich verfolgt wird, haben sich in letzter Zeit doch wieder eine größere Anzahl Per-sonen gefunden, die durch Ueberhebung von Geld und Lebensmitteln aller Art versucht haben, besondere Vorteile zu er-zingen. Die Angelegenheiten sind selbstverständlich der Staats-anwaltschaft übergeben worden. Sollten die Versteigerungs-versuche nicht aufhören, so wird das Wohnungsamt die Namen der-jemigen veröffentlichen, die die niedrige Einschätzung der Ehre ihrer Mitmenschen nicht lassen können, und dem zuständigen Ausschuss vor-schlagen, die betreffenden Wohnungsucher ein für allemal aus den Listen des Wohnungsamtes zu streichen.

Verbesserungen im Telegrammverkehr mit Ostpreußen. Vor einiger Zeit wurde über eine im Funkenverkehr Berlin-Königsberg eingeführte Neuerung berichtet, die bis dahin nicht mögliche gleichzeitige Senden und Empfangen zwischen den beiden Funk-stellen gestattet und dadurch eine Beschleunigung des Telekomm-verkehrs mit den von Deutschland räumlich getrennten Gebiets-teilen Ostpreußens mit sich brachte. Jetzt ist es der Reichs-Tele-graphenverwaltung gelungen, die Funkenverbindung Berlin-Königsberg durch die Einführung der Schnelltele-graphie mit Wheatstone-Apparaten weiter zu verbessern. Bei den Versuchen wurde noch eine einwandfreie Verständigung bei einer Geschwindigkeit von 300 Buchstaben in der Minute wä-hrend der Nacht erzielt. Am Tage leidet die Verständigung zeitweise noch unter atmosphärischen und anderen Störungen, die fernzu-halten den beteiligten Stellen voraussichtlich in kurzer Zeit gelingen wird. Die Versuche werden nach dieser Richtung hin eifrig fort-gesetzt. Es hat sich gezeigt, daß für den Schnellbetrieb Apparate erforderlich sind, die möglichst wenig Anforderungen an das Per-sonal stellen, und daß für die gatte Abwicklung ein gutes Zu-sammenarbeiten des auf die Send-, Empfangs- und Betriebs-anlagen verteilten Personals unbedingt erforderlich ist, was erst nach einiger Zeit durch sorgfältige Übung zu erreichen ist. Immer-hin läßt nach Beseitigung der noch bestehenden Schwierigkeiten die zunächst versuchsweise erfolgte Einführung des Schnellbetriebes eine Verwirklichung des Telegrammverkehrs mit Ostpreußen erwarten.

Spielefest Groß-Berliner Knaben-Gemeinschaften. Unter dem Ehrenvorsitz des Stadtschulrats Dr. Fischer findet am Freitag, den 10. September, nachmittags 3 Uhr, auf der großen Spielwiese am Karpenteich in Treptow ein Spielefest statt, veranstaltet von der Turnvereinigung Berliner Lehrer. Bei dem Schachkampf um einen Ehrenwanderpreis der Stadt Berlin werden sich eine größere Anzahl Volksschulen im Barrenlauf, Schlagball und Eibotenlauf gegenüberstellen.

Protestversammlung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Driftgruppe Schöneberg, am Donnerstag, 9. September. Referent Rameck-Warode, zweiter Bundesvorsitzender, über das neue Reichs-versorgungsgesetz.

Groß-Berliner Parteinarichten.

Heute, 8. September:

Konowes. 7 1/2 Uhr im kleinen Saal bei Köpfe (Eingers Volksgarten). Tagesordnung: 1. Der nächste Parteitag. Referenten Genossen Coden und Kersch. 2. Brückensiedler.

Kanoldorf. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Schwarz, Köpnower Straße 5. Tagesordnung: Der nächste Parteitag.

Kantow. 8 Uhr Abend bei Leumann, Kaiser-Wilhelm-Str. 29/31. Vortrag des Genossen Richter. Thema: Aussprache.

Köpenick. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Stadttheater.

Morgen, 9. September:

Öffentliche Versammlung der Zips und Reichs- und Staatsbeamten 7 1/2 Uhr in der Aula des Doroteenhilflichen Gymnasiums, Doroteenstr. 12. Thema: Was geht in Deutschland vor. Referent: Genosse Postfretzke Max Grunewald. — Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. Angehörige sind mitzubringen.

Der Polizeibeamten-Verbandsausschuss Groß-Berlin. Elternbeiräte Kantow-Eichtersfeld-Steiglin. 7 1/2 Uhr in der Aula der Oberrealschule Steiglin, Eichtersfeld. Es handelt sich um den Zusammenkunft bzw. Anschließ der Elternbeiräte an unsere bestehende Arbeitsgemeinschaft. Gründung eines Elternbundes für weltliche Schule.

Sport.

Die Fußballspiele auf der Olympiastadionbahn kommen am Sonntag, 12. September, nachmittags 3 Uhr, zum Austrag. Es spielen der erste deutsche Berufsfußballklub Berlin gegen den ersten ungarischen Profifußballklub Budapest. Freie Schwalmer Charlottenburg. Am Donnerstag, 8. Sept., abends 7 Uhr, findet in der Krummen Straße unsere erste reise. Übungs-unde statt.

